

Medien-Information der FDP-NRW

Dienstag, 21. Juni 2011,

Piltz: Innenminister Jäger entlarvt rot-grüne Politik in NRW als Augenwischerei

Zu den Forderungen des nordrhein-westfälischen Innenministers Jäger zur Vorratsdatenspeicherung erklärt die stellvertretende Vorsitzende der FDP Nordrhein-Westfalen, Gisela Piltz MdB:

„Die Forderungen des nordrhein-westfälischen Innenministers sind nicht nur Ausdruck einer Politik, die die Balance von Freiheit und Sicherheit missachtet, sondern auch noch bar jeder Sachkenntnis. Die Vorratsdatenspeicherung ist die Speicherung der Telekommunikationsverbindungsdaten, nicht der Telekommunikationsinhalte – das sollte Herr Jäger wissen. Seine Forderungen, dass auf die Telekommunikationsinhalte nur unter strengen Voraussetzungen zugegriffen werden solle, bedeuten also entweder, dass er künftig anlasslos auch die Inhalte speichern will, oder dass er schlicht nicht verstanden hat, worum es geht. Beides wäre dramatisch und völlig inakzeptabel.

Das Bundesverfassungsgericht hatte im Übrigen ohnehin schon während der Geltungsdauer des Vorratsdatengesetzes, das die damalige SPD-Bundesjustizministern federführend verfasst hatte, deutlich dahingehend eingeschränkt, dass der Zugriff nur unter strengen Voraussetzungen und zudem nur für schwere und schwerste Straftaten möglich sein darf. Nun so zu tun, als wäre das ein Kompromissvorschlag, ist unredliche Augenwischerei und grenzt an Geschichtsklitterung.

Der Vorschlag von Innenminister Jäger, künftig für sechs Monate von Millionen unschuldiger und völlig unverdächtiger Bürgerinnen und Bürger zu speichern, wann diese mit wem wie lange telefoniert, an wen oder von wem sie eine SMS geschickt oder erhalten haben, wo sich ihr Handy befand oder mit wem sie wann in E-Mail-Kontakt standen, entspricht eins zu eins dem Gesetz, das das Bundesverfassungsgericht für nichtig und unvereinbar mit dem Grundgesetz erklärt hat. Das ist kein Kompromiss, sondern ein Schlag ins Gesicht unserer Verfassung.

Die SPD und auch die Grünen in Nordrhein-Westfalen zeigen hier ihr wahres Gesicht: Statt für eine verfassungsgemäße Regelung, die Freiheit und Sicherheit in die rechte Balance bringt, setzen sie sich für eine schlichte Neuauflage der verfassungswidrigen Vorratsdatenspeicherung ein. Die Grünen, die im Bund so tun, als stritten sie für Bürgerrechte, schweigen im Land. Statt die Landesregierung, an der sie beteiligt sind, zu drängen, den Vorschlag der Bundesjustizministerin für ein verdachtsbezogenes Einfrieren von Telekommunikationsdaten Verdächtiger zu unterstützen, machen sich die Grünen in Nordrhein-Westfalen gemein mit einer rückwärtsgewandten Politik.“